

## **Protokoll der Sitzung des Arbeitskreises Straffälligenhilfe am 30.1.2014 in den Räumen des Landesverbandes in Hannover**

Anwesend:

- Henning Voß, Cura
- Marian Goiny, LSB e.V.
- Ute Konstantin, BAF Hannover
- Frido Ebeling, ASF
- Torsten Tetzlaff, LSB e.V.
- Beate Jakesch-Zinn, Ast Gö
- Hans-Dieter Abele, KiK
- Detlev Beaury, Die Gruppe
- Thomas Tugendheim, Kwabsos
- Annette von Pogrell, PN

### **Top 1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung**

Frau von Pogrell begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Die Tagesordnung wird wie folgt geändert: Top 3. Gespräch im MS, Top 4. Stellungnahme zum Richtlinien-Entwurf, Top 5. Jahresbericht des LAG-Expertenkreises, Top 6. Rückblick Gespräch mit der CDU-Fraktion. Neu hinzukommen Top 7. Aufnahme weiterer Projekte ambulanter Maßnahmen in den Arbeitskreis, Top 8. ASTRA-Nachfolge und Top 9. Vorbereitung Parlamentarischer Abend im September. Die nachfolgenden Tops verschieben sich entsprechend.

### **Top 2. Genehmigung des Protokolls**

Das Protokoll wird genehmigt wie vorgelegt.

### **Top 3. Gespräch im MS**

Der Gesprächstermin mit Sozialministerin Rundt wird vorbereitet. Herr Voß wird die Thematik von jungen Erwachsenen, die wegen ihrer andersartigen Bedarfe häufig aus dem Unterstützungsnetz fallen, siehe Fachtagung im August 2013, ansprechen. Herr Ebeling wird auf die angespannte finanzielle Situation vieler Projektträger von ambulanten Maßnahmen aufmerksam machen. Außerdem soll angesprochen werden, dass es eine Beteiligung im neu eingerichteten Landesjugendhilfeausschuss geben muss. Der Arbeitskreis begrüßt die Einrichtung ausdrücklich. Herr Tugendheim wird deutlich machen, dass auch eine weitergehende Förderung für die Arbeit mit Tätern häuslicher Gewalt geben muss. Am 1.7.2010 wurden 7 Projekte à 20.000,- € gefördert, insgesamt also 140.000,- € bereitgestellt. Zum Jahresbeginn wurden drei weitere Projekte mit gleicher Förderhöhe, zusätzlich also 60.000,- € ausgeschrieben. Zur Absicherung der Projekte ist diese Förderhöhe allerdings nicht auskömmlich. Zwar darf es haushaltsrechtlich keine Vollfinanzierung der Projekte geben (auch die Täter müssen selbst einen Anteil zahlen), es ist aber eigentlich mindestens eine Summe von 60.000,- € für eine halbe Sozialpädagogen- und eine anteilige Verwaltungsstelle notwendig. Wie hoch die Zahlen in diesem Bereich sind, ist nicht einheitlich erfasst. Die Polizei Hildesheim hat in 2011 970 Fälle registriert, in 2012 830 Fälle. In anderen Polizeidirektionen gibt es aber ganz andere Handhabungen und damit auch ganz andere Zahlen und Größenordnungen. Herr Goiny regt ein Positionspapier des Paritätischen, evtl. auch der LAG FW, an zur Finanzierung der ambulanten Maßnahmen.

#### **Top 4. Stellungnahme zum Richtlinienentwurf**

Frau von Pogrell weist darauf hin, wie wichtig eine Stellungnahme seitens des Paritätischen zum Richtlinien-Entwurf über Zuwendungen für ambulante sozialpädagogische Maßnahmen sei. Diese Stellungnahme könne dann auch innerhalb des Expertenkreises der LAG FW genutzt werden. Herr Voß würde dieses Vorgehen begrüßen, weist aber noch einmal deutlich darauf hin, dass der Expertenkreis eigentlich nicht die Expertise für ambulante Maßnahmen besitzt, da dort nur Vertreter der Anlaufstellen zusammenkommen. Die ambulanten Maßnahmen seien dort in der Regel kein Thema und es wäre auch unklug, den Eindruck zu erwecken, dass man sich dort mit der Thematik beschäftige. Da aber der paritätische Arbeitskreis Straffälligenhilfe viele Projektträger von ambulanten Maßnahmen umfasse, sei es richtig, in diesem Kreis eine Stellungnahme zu erarbeiten. Der Richtlinienentwurf wird gemeinsam durchgearbeitet und diverse Änderungsvorschläge sind das Ergebnis. Frau von Pogrell wird auf dieser Grundlage den Entwurf einer Stellungnahme machen und an die AK-Mitglieder verschicken. Der abgestimmte Entwurf kann dann sowohl als Arbeitsgrundlage in der LAG FW in Expertenkreis und Fachausschuss Jugendhilfe genutzt werden. Die Stellungnahme ist dem Protokoll angehängt.

#### **Top 5. Jahresbericht Expertenkreis**

Herr Voß berichtet vom letzten Expertenkreis am 28.10.2013. Die nächste Sitzung findet am 11.2.2014 statt.

Es gab in dem Gremium einige personelle Veränderungen. Frau Arnold, die bisher im MJ für die Anlaufstellen zuständig war, ist zum AJSD und Übergangsmanagement gewechselt. Neue Bearbeiterin ist jetzt im MJ Frau Jahrish, sie wird künftig auch im Expertenkreis teilnehmen. Statt Frau Rosendahl ist neue Referatsleiterin für Strafvollzug jetzt Frau Dr. Hillebrenner.

Frau Heckmann, ASJD, konnte leider beim letzten Expertenkreis nicht teilnehmen.

Ein wichtiger Punkt der Sitzung war die Information, dass für 2015 zur Finanzierung der Anlaufstellen 350.000,- € über den ASJD beim MJ angemeldet wurden.

Die Erhöhung von Projektstellen für das Projekt „Geldverwaltung statt Ersatzvollstreckung“ wurde begrüßt. Frau Arnold, MJ, hatte von einer Beantragung von institutioneller Förderung abgeraten, da sich die Förderbedingungen unter Umständen bei einer solchen Änderung verschlechtern könnten. Faktisch sei eine institutionelle Förderung gegeben, bisher gäbe es aber keine Förderrichtlinie für Anlaufstellen.

Am 25.9.2014 soll der parlamentarische Abend der Straffälligenhilfe im Gartensaal des neuen Rathauses stattfinden. Es wird mit 100 bis 120 Gästen und 6500,- € Kosten gerechnet. Es gibt einen entsprechenden Verfügungsfonds beim MJ.

Herr Tugendheim regt an, im Expertenkreis über die Problematik von solchen richterlichen Auflagen, für die es keine Finanzierung und dann auch keine Angebote vor Ort gibt, zu sprechen.

Der Jahresbericht wird als Anlage des Protokolls mitverschickt.

#### **Top 6. Rückblick auf das Gespräch mit der CDU-Fraktion**

Herr Goiny berichtet über das Gespräch. Sein Eindruck war, dass die CDU-Mitglieder viele neue Informationen über die Probleme z. B. beim Übergangsmanagement und bei den Krankenversicherungen erhalten haben und so künftig die Arbeit in den Anlaufstellen besser einschätzen können. Es habe viele Nachfragen gegeben, insgesamt bewertet er das Gespräch sehr positiv, was von den anderen TeilnehmerInnen bestätigt wird.

#### **Top 7. Aufnahme weiterer Projekte ambulanter Maßnahmen in den Arbeitskreis**

Frau von Pogrell verweist auf die von Herrn Tugendheim im Anschluss an die letzte AK-Sitzung erstellte Liste mit weiteren Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Niedersachsens, die Träger ambulanter Maßnahmen sind, aber nur in anderen Fachbereichen geführt werden. Sie schlägt vor, diese MOs ebenfalls in den Arbeitskreis mit aufzunehmen und so damit ein stärkeres Gewicht bei den anstehenden Gesprächen über die Finanzierung der ambulanten Maßnahmen zu erreichen. Dem

stimmen die Arbeitskreismitglieder zu. Die Zahl der im AK Straffälligenhilfe vertretenen ambulanten Maßnahmen wächst damit um 5 auf 12 Mitglieder.

### **Top 8. ASTRA- Nachfolge**

Frau von Pogrell informiert die Anwesenden darüber, dass Herr Bellgardt von Engeln telefonisch mitgeteilt hat, dass er seine Ämter in der Niedersächsischen Gesellschaft für Straffälligenbetreuung und Bewährungshilfe e.V. aus Altersgründen niederlegen und entsprechend nicht mehr an Sitzungen im Arbeitskreis und im ASTRA teilnehmen wird.

Die Niedersächsische Gesellschaft für Straffälligenbetreuung und Bewährungshilfe wird dann hoffentlich einen neuen Vertreter in den Arbeitskreis entsenden.

Nachdem kein Arbeitskreismitglied sich zeitlich in der Lage sieht, künftig an den ASTRA-Sitzungen teilzunehmen, erklärt Frau von Pogrell ihre Bereitschaft. Sie wird den Gesamtverband entsprechend informieren.

### **Top 9. Vorbereitung des Parlamentarischen Abends**

Ort und Zeit des Parlamentarischen Abends sind aus dem Bericht aus dem Expertenkreis bekannt. Herr Abele bittet Herrn Voß im Expertenkreis zu klären, welche Themen im Mittelpunkt stehen sollen.

### **Top 10. Pressearbeit**

Frau von Pogrell regt an, aus den Anlaufstellen und von den ambulanten Maßnahmen kurze Berichte anzufertigen, die dann im PARI-Report erscheinen könnten und so die Arbeit in der Straffälligenhilfe verdeutlichen könnten. Sie erklärt sich bereit, beim Verfassen von Artikeln zu unterstützen.

### **Top 11. Verschiedenes**

Herr Goiny regt an, über die jeweils eigenen Verteiler Infos zur „Info-Offensive“ weiterzuleiten, um so noch eine breitere Öffentlichkeit anzusprechen.

Der nächste Termin wird festgelegt auf Mittwoch, den 9.7.2014, 10.00 Uhr bei BAF in Hannover.

Hannover, 9.4.2014

Annette von Pogrell  
Fachberaterin